

UID

26/1999



Aktionstag

Rente



Fotos: Laurence Chaperon

● Jahrestag

Wolfgang Schäuble: Wir Deutschen haben unsere Lektion aus der Geschichte gelernt. Erklärung zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges. Seite 4

● Funkausstellung

IFA '99 in Berlin: Live-Talk am CDU-Stand. Seite 5

● Film-Forum

Wolfgang Schäuble: Wir brauchen neue Finanzierungsstrategien für den deutschen Film. Seite 6

● MitgliederNet

Start am 1. Oktober: CDU pur im Netz - nur für Mitglieder. Seite 7-9

● Renten

Gunnar Uldall: Nervöser Müller kann die Rentenlücke nicht kleinreden. Seite 10

HEUTE AKTUELL

Maria Böhmer: Riesters Irrwege bei der Reform der Hinterbliebenenversorgung. Seite 11

● Spargesetze

Dietrich Austermann: Luftbuchungen, aber keine Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung. Seite 14

● Fall Hombach

Hombachs Rücktritt als EU-Balkan-Koordinator unvermeidlich. Seite 14

● Finanzen

Staatsverschuldung – rot-grünes Ablenkungsmanöver. Seite 18

● Steuern

Volker Rühle: Diskussion um Vermögenssteuer würgt Konjunktur ab. Seite 21

● Fachausschüsse

Marlies Mosiek-Urbahn leitet

neuen Bundesfachausschuss Familien- und Jugendpolitik. S. 24

Thomas Schäuble Vorsitzender des Bundesfachausschusses Innenpolitik. Seite 25

● Schule

Jürgen Rüttgers: Zukunft beginnt im Klassenzimmer. Seite 27

● UID Extra

Annäherung an die Umweltpolitik der Union? Eine kritische Bewertung bündnisgrüner Thesen von Klaus W. Lippold und Kurt-Dieter Grill. Innenteil

● Dokumentation

Weniger Staat – mehr Freiheit des Bürgers. Rede des Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, auf dem rechtspolitischen Zukunftsforum der CDU in Dresden. Mit den Dresdener Thesen zur Deregulierung. Innenteil

CDU-Aktionstag gegen die Rentenpläne der Regierung

Die CDU hat mit ihrem bundesweiten Aktionstag am 28. August gegen die Rentenpolitik der Bundesregierung protestiert. Unter dem Motto „Für einen fairen Generationenvertrag – gegen Wortbruch und Rentenwillkür“ fanden in zahlreichen Städten und Gemeinden Informationsveranstaltungen statt.

Bei der zentralen Veranstaltung in Berlin warfen Generalsekretärin Angela Merkel und Parteivorsitzender Wolfgang Schäuble der Regierung Schröder in der Rentenpolitik „Willkür“ und „Rentenbetrug“ vor.

Wolfgang Schäuble: „Die Menschen haben ein Recht darauf, dass das, was Schröder versprochen hat, auch eingehalten wird.“ Eine Rentenanpassung an die Inflation bedeute, dass die alten Menschen vom Wohlstand abgekoppelt würden. Zugleich äußerte er die Vermutung, dass die SPD mit Kanzler Schröder, Arbeitsminister Riester und Finanzminister Eichel dabei seien, die Einheitsrente einzuführen

und die solidarische Rente abzuschaffen.

Schäuble forderte die Bundesregierung auf, zu sagen, auf was sich die Rentnerinnen und Rentner nach dem Jahr 2001 einzustellen hätten. Als unverschämte bezeichnete Wolfgang Schäuble den Versuch der SPD, die Rentenpläne mit dem Sparpaket in Zusammenhang zu bringen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollten bei den anstehenden Landtagswahlen ihren Protest gegen die rot-grünen Rentenpläne ausdrücken. „Leichte Schläge auf den Hinterkopf erhöhen gelegentlich das Denkvermögen“, erklärte der CDU-Vorsitzende.

Sowohl Angela Merkel und Wolfgang Schäuble wie auch die weiteren Gesprächspartner in Berlin, u.a. der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, der Vorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, und der Landesvorsitzende der Jungen Union Berlin, Thorsten Reschke, diskutierten mit den Teilnehmern – auf der Bühne und in Einzelgesprächen. ■

Ein voller Erfolg

war die CDU-Rentenkampagne auch in den Kreisverbänden. Der Aufruf der Generalsekretärin im Juli hatte eine große Welle von Vorbereitungen ausgelöst.

Weit über 200 Meldungen waren bis kurz vor dem eigentlichen Aktionstag am 28. August in der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingegangen. Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann war sich zu Recht seiner Sache sicher gewesen: „Für einen fairen Generationenvertrag

– gegen Wortbruch und Rentenwillkür“ mobilisierte wie kaum ein anderes Thema die Partei.

Mit der Vorbereitung von Straßenaktionen und Bürgersprachen, von Flugblatt- und Rentenbrief-Verteilaktionen, von Zeitungsanzeigen, Pressekonferenzen und vielen anderen Aktionen hat die CDU eine Kampagnen-Bereitschaft bewiesen, die ganz entscheidend auch den Wahlkämpfen in Berlin, Thüringen, Sachsen, Brandenburg und im Saarland sowie dem Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen zugute kommt.

Wolfgang Schäuble:

Wir Deutschen haben unsere Lektion aus der Geschichte gelernt

Anlässlich des 60. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 erklärte der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble:

Am 1. September 1939 hat Deutschland mit dem Überfall auf Polen die größte Katastrophe für unseren Kontinent in diesem Jahrhundert ausgelöst. Wir stehen in der Pflicht, die Erinnerung an die unheilvollsten Jahre unserer Geschichte zu bewahren und dafür zu sorgen, dass sich ein solches Grauen nicht wiederholt.

Wir Deutschen haben unsere Lektion aus der Geschichte gelernt. Deutschland ist heute eine freiheitlicher Rechtsstaat und anerkannter Partner im Kreise der europäischen Demokratien. In fünf Jahrzehnten haben verantwortungsbewusste Demokraten gemeinsam Politik für Frieden und Frei-

heit in Europa gestaltet. Sie haben uns Deutschen die friedliche Wiedervereinigung und den Europäern die Überwindung der quer durch den Kontinent gehenden Spaltung ermöglicht.

Wir haben jetzt die Chance, das europäische Einigungswerk und damit den gemeinsamen Weg Europas zu Freiheit und Frieden zu vollenden. Mit der Aufnahme der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas in NATO und Europäische Union können wir die Zukunft und Stabilität unseres Kontinentes dauerhaft sichern.

Besonders das wiedervereinigte Deutschland muss sich dieser Verantwortung bewusst bleiben, damit auch in Europa zusammenwächst, was zusammengehört. Die jüngste Vergangenheit zeigt, dass Frieden und Freiheit in Europa noch lange nicht gesichert sind.

Angela Merkel: CDU will modernste Partei Europas werden

Die CDU will mit ihren Parteimitgliedern intensiver ins Gespräch kommen. Wie Generalsekretärin Angela Merkel in Berlin mitteilte, startet dazu am 1. Oktober das CDU-MitgliederNet.

Als «Eintrittskarte» reichen Nachname und Mitgliedernummer. Die CDU verspricht ein «umfangreiches Angebot an Informationen und Dialogmöglichkeiten». Darüber hinaus soll es

«Sprechstunden» mit Mitgliedern des Bundesvorstands geben.

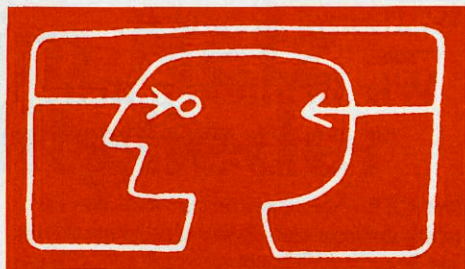
Angela Merkel erhofft sich von der neuen Kommunikationsform eine stärkere Einbindung der CDU-Mitglieder in die Parteiarbeit. Sie erinnerte an eine Reihe schon vorhandener elektronischer Kommunikationsangebote der CDU und unterstrich den Anspruch der Partei, «modernste Partei Europas» zu werden.

Auf der IFA'99 in Berlin

Livetalk am CDU-Stand

Prof. Mark Featherstone, Direktor des „Liverpool Institute for Performance Art (LIPA)“, und Wolfgang Branoner, Wirtschaftssentor von Berlin, diskutierten auf dem IFA-Messestand der CDU über Jobs in der Medien- und Unterhaltungsbranche.

Beide zeigten sich davon überzeugt, dass in diesen Bereichen die Arbeitsplätze der Zukunft liegen. Wer aber dort Erfolg haben wolle, benötige eine solide Ausbildung. LIPA ist die erste Akademie, die für die gesamte Sparte der Unterhaltungsberufe eine solche Ausbildung anbietet. In Berlin, so Wolfgang Branoner, sei eine private



Internationale Funkausstellung 1999
Your world of consumer electronics
 Berlin, 28. August - 5. September

Akademie für die Medienberufe in der Vorbereitung.

Elliot Landy, Starfotograf der Popszene hat das legendäre Woodstock-Festival 1969 mit seinen Bildern dokumentiert. Auf dem CDU-Messestand sprach er über das Festival und stellte seine CD-ROM „WOODSTOCK VISION“ vor.



Der Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen und Schwimm-europameisterin Hanna Stockbau bei der Messeeröffnung IFA '99 auf dem CDU Stand

Wolfgang Schäuble:

Wir brauchen neue Finanzierungsstrategien für den deutschen Film

Der CDU-Vorsitzende hat sich für ein «Zukunftsmodell Film» ausgesprochen, das kreative Talente sowie Kapital und Markt effektiver zusammen führt.

Auf einem Filmforum der CDU in der Berliner Konrad-Adenauer-Stiftung kritisierte Schäuble in diesem Zusammenhang Kulturstaatsminister Michael Naumann, der im vergangenen April zugesagt habe, sich mit einem «Bündnis für den Film» um die weitere Zukunft der Filmfinanzierung in Deutschland intensiv zu kümmern. «Seitdem herrscht allerdings Funkstille», meinte Schäuble.

Wolfgang Schäuble, der als Innenminister auch für den Bereich Film zuständig war, forderte bessere Voraussetzungen für ein rentables Investment in deutsche und europäische Filme, wozu auch privates Kapital aktiviert werden könnte. An der Börse würden die Medienaktien gegenwärtig boomen. «In Deutschland existiert so viel Kapital, das nach attraktiven Anlageformen sucht, wie noch nie.» Schäuble verwies

darauf, dass sich die Film- und Fernsehproduktionen in Deutschland auf ein jährliches Investitionsvolumen von rund drei Milliarden Mark mehr als verdreifacht habe.

Die Film- und Medienindustrie sei einer der wichtigsten Motoren für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Innovation. Das Gebot der Stunde seien daher die Entwicklung von Pilotprojekten oder die Mobilisierung von Wagniskapital für innovative High-Tech-Unternehmen. Das private Stiftungs- und Mäzenatentum für Kultur und Wissenschaft sei in Deutschland unterentwickelt, kritisierte Schäuble.

Schaufenster Berlin

Der europäische Binnenmarkt sei mit 370 Millionen Menschen der größte audiovisuelle Markt der Welt. Die europäische Film- und Fernsehindustrie müsse die Wachstumslokomotive für viele andere Bereiche sein. Die Funkausstellung in Berlin biete dazu ein sehr anschauliches Schaufenster in diese Zukunft.

Der deutsche Film braucht neue Schubkraft

Vor Beginn des 2. Filmforums der CDU anlässlich der Internationalen Funkausstellung in Berlin am 30. August zum Thema ‚Finanzierung des deutschen Films – Analyse und Perspektiven‘ erklärte der filmpolitische Sprecher der CDU und Obmann für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Bernd Neumann**: Die durch das sogenannte Steuerentlastungsgesetz der Bundesregierung verursachte Verwirrung und Verunsicherung für Kapitalanleger

bei Medienfonds muss beseitigt werden. Wir fordern den Bundesfinanzminister auf, Filmfonds für nationale Produktionen nicht als Verlustzuweisungs-Gesellschaften einzustufen. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um Unternehmungen mit Gewinnerzielungsabsicht. Diese werden aber vom § 2b des Einkommensteuergesetzes überhaupt nicht berührt. Eine Korrektur ist unerlässlich, um dem deutschen Film neue Schubkraft zu geben.

CDU pur im Netz – nur für Mitglieder

Via Internet den direkten Draht zu allen Mitgliedern herstellen – das ist das Ziel des neuen CDU-MitgliederNet, für das am 1. Oktober der Startschuß fällt. Als große Mitgliederpartei will die CDU durch dieses spezielle Angebot im Internet ihr „größtes Pfund“, die Mitglieder, noch stärker in die politische Arbeit einbinden.

Der Informationsfluß soll weiter verbessert werden, denn nur wer gut informiert ist, kann auch bei politischen Fragen mitreden und überzeugen – in der Familie, unter Freunden, am Arbeitsplatz und nicht zuletzt am CDU-Infostand.

Exklusive Information und Mitwirkung

Für ihr Engagement in der CDU können alle Mitglieder ab Herbst aktuelle, umfassende Informationen abrufen – über das bestehende Internetangebot und die allgemein zugänglichen Medien hinaus. Denn exklusiv für ihre Mitglieder eröffnet die CDU das MitgliederNet im Internet. Als „Eintrittskarte“ dienen der Nachname und die Mitgliedsnummer. Sie findet man zum Beispiel auf dem Post-Etikett des Mitglieder-Magazins „Union“ und des UiD.

Einmal eingeloggt, verfügen die Mitglieder über ein umfangreiches Angebot an Informationen und Dialogmöglichkeiten. Das MitgliederNet vermittelt CDU pur, z.B. politische Informationen, eine interaktive Ideenbörse, wichtige Termine, die Möglichkeit, unsere Informationsmaterialien online zu bestellen, und vieles mehr. Das Programm wird natürlich ständig aktualisiert, ergänzt und erweitert. Selbstver-

ständig werden wir dabei auch Anregungen der Mitglieder aufgreifen.

Moderne Kommunikation

Mit dem MitgliederNet verfolgt die CDU den eingeschlagenen Weg konsequent weiter: Wir wollen die modernste Partei Europas werden!

- Bereits 1993 baute die CDU als erste Partei ein internes elektronisches Informationssystem auf, KomSys, das die Bundesgeschäftsstelle mit den Kreisgeschäftsstellen verbindet.

- Auf dem Karlsruher Parteitag im Oktober 1995 startete die CDU ihr Internet-Angebot. Unsere Adresse www.cdu.de ist seither ein viel gefragter Anlaufpunkt für politikinteressierte Internet-Surfer. Der

**Am 1. Oktober
startet die CDU das
MitgliederNet**

große Erfolg unserer Website kommt nicht von ungefähr. Die täglich aktualisierten Nachrichten aus der CDU-Politik und das offene Diskussionsforum zieht die Internet-Nutzer auf unsere Seiten: mehr als 550.000 Abruf-Seiten im Monat.

- Seit 1998 gibt es das „KandiNet“, das die Wahlkampfführung in Bonn mit den CDU-Kandidaten verband und seit Beginn dieses Jahres unter dem Namen „InfoNet“ für alle Fraktions- und Mandatsträger geöffnet ist. Das erfordert eine besondere Kennung und bietet ein breites Angebot.

- » INFOS
- INTERAKTIV
- CDU-INTERN
- AKTIONEN
- SERVICE
- TERMINE
- WERBEMITTEL
- E-MAIL
- IMPRESSUM
- SUCHEN

Rede des CDU-Vorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble auf dem Rechtspolitischen Zukunftsforum der CDU, Dresden, 27. August 1999

Zum Thema:
WENIGER STAAT - MEHR FREIHEIT DES BÜRGERS



AKTUELL... AKTUELL...

» SHOP
Neue Werbemittel:
CDU-Gummibärchen

» TERMINE
3. Berliner Gespräch
Mittwoch,
15. September 1999,
19:30 Uhr




CDU auf der IFA '99
Halle 6.1.
Stand 19 "YOUNG WORLD"

Zur Rentenpolitik

Bürgertelefon
01805/616161
Mo. - Fr. 9.00 Uhr - 19.00 Uhr

mitten IN BERLIN
HABEN WIR UNS BRÜCKENKOPF



Eröffnung des "Brückenkopfes" Berlin
Am Montag, dem 23. August eröffnen der CDU-Vorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble und die Generalsekretärin Dr. Angela Merkel den "Brückenkopf" der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin.

Unsere Adresse:
Mauerstraße 85
10117 Berlin
Tel: 030/23070-0

Einfach ins Internet

Das CDU-MitgliederNet lebt davon, dass es möglichst alle Mitglieder nutzen. Wer schon heute über einen internetfähigen PC und einen Internet-Zugang verfügt, kann ab dem 1. Oktober sofort dabei sein. Von der CDU-Homepage (www.cdu.de) aus gelangt man mit der Kennung – Nachname und Mitgliedsnummer – schnell und einfach ins MitgliederNet.

Für all die Mitglieder, die noch nicht im Internet zuhause sind, bietet der Start des CDU-MitgliederNets einen wichtigen Anstoß, in den Kommunikationszug der Zukunft einzusteigen.

Für CDU-Mitglieder bietet das Unternehmen NetFree ein interessantes Angebot, das Internet-Novizen den Einstieg leicht macht.

Dieses Angebot umfaßt mehrere Komponenten:

Der Internet-Zugang wird zum Preis von 5,9 Pfennig pro Minute angeboten. Dabei

wird nur die wirklich genutzte Zeit im Internet berechnet. Sonstige Kosten wie Grund-, Anschluß- oder zusätzliche Telefongebühren fallen nicht an. Eine Mindestvertragslaufzeit gibt es ebenfalls nicht. Es besteht also die Möglichkeit, den Anbieter jederzeit zu wechseln. Zweimal im Monat werden dem CDU-Mitglied detaillierte Kostenaufstellungen übermittelt.

NetFree bietet darüber hinaus zwei internetfähige Computer an – einen Siemens PC und einen Apple iMac.

Der Siemens PC Scenic 521 kann über NetFree zum Preis von 1.999,00 DM, einschließlich eines ISDN-Modems zum Preis von 2.199,00 DM erworben werden. Der Rechner verfügt über den bewährten Intel Celeron 400 MHz Prozessor, Diskettenlaufwerk, 40-fach CD-Rom-Laufwerk und einen 17-Zoll-Monitor. Er ist mit dem Betriebssystem Windows 98 ausgestattet und so eingestellt, dass auch Benutzer ohne Vorkenntnisse schnell und einfach ins Internet und damit ins MitgliederNet der CDU kommen können.

Alternativ bietet NetFree den Apple iMac zum Preis von 2.249,00 DM, mit ISDN-Modem für 2.449,00 DM an. Dieser leistungsfähige PC kann in fünf verschiedenen Farben bestellt werden. Er verfügt u.a. über ein 24-fach CD-Rom-Laufwerk, einen integrierten 15-Zoll-Monitor und integrierte Stereolautsprecher.

Auch dieser PC ist so eingestellt, dass er auch ohne Vorkenntnisse sofort zu nutzen ist.

Aus diesem Angebot können die CDU-Mitglieder selbstverständlich wählen - je nach Bedarf. Ob PC-Paket oder Internet-Zugang alleine, NetFree wickelt die Bestellung in eigenem Namen ab. Näheres zu den Angeboten erfahren Sie auch unter der NetFree Service-Nummer

So finden Sie Ihre Mitgliedsnummer!

1234-0-12345 KV1234

Frau
Stefanie Muster
Hauptstraße 123
12345 Musterstadt

Auf dem Post-Etikett auf der letzten Seite des UID finden Sie links über Ihrer Adresse Ihre CDU-Mitgliedsnummer.

(0 18 05) 63 63 33

(0,24 DM/Minute),

die das Unternehmen für CDU-Mitglieder eingerichtet hat.

Oder schicken Sie den nebenstehenden Coupon an: NetFree, Novalisstraße 11, 10115 Berlin.

JA, ich will alles wissen über den einfachen Internet-Zugang!

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Einsenden an **NETFREE***, Novalisstr. 11 · 10115 Berlin

Über 11 Mio. Internet-Nutzer in Deutschland

Das geht aus einer Studie des Wiesbadener Marktforschungsinstituts Enigma im Auftrag von ARD und ZDF hervor.

Das entspricht 17,7 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren. In den nächsten zwei Jahren ist mit einem Anstieg auf rund 32 Prozent zu rechnen. Dann werden 20 Millionen Menschen in Deutschland regelmäßig das Internet nutzen.

Nervöser Müller kann die Rentenlüge nicht kleinreden

Zu dem in der Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlichten Interview mit Wirtschaftsminister Werner Müller erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Herr Müller würde am liebsten nach allen Seiten einen Maulkorb verteilen. So jedenfalls müssen seine Äußerungen im Welt-Interview vom Montag verstanden werden. Wenn der Wirtschaftsminister aber der Kohl-Regierung ob ihrer ehrlichen und verlässlichen Rentenpolitik „praktizierten Sozialismus“ vorwirft, legt das nur seine Nervosität offen. Trotz wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen erwartet er von betrogenen Wählern, enttäuschten SPD-Mitgliedern und gar der Opposition, dass sie stillhalten.

Vom politischen Wettbewerber „angewidert“ zu sein, ist Gesprächen mit der Union über eine vernünftige und absehbare Rentenlösung sicher nicht zu trügerisch. Wer den Konsens suchen muss, sollte verbale Entgleisungen vermeiden. Der Minister kann nicht erwarten, dass die Union der „Verschaukelung der Leute“ durch die Regierungskoalition tatenlos zusieht. Die Wähler haben ein Recht auf Einhaltung dessen, was ihnen im Wahlkampf großspurig versprochen wurde.

Darüber hinaus können die optimistischen Wachstumsprognosen des Wirtschaftsministers nicht das Chaos vergessen lassen, das die Bundesregierung z.B. mit der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse anrichtet hat.

Wieviel Verrechtlichung verträgt unsere Demokratie?

Aus ganz Deutschland waren Parteifreunde und interessierte Bürger der Einladung der CDU und ihres Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) zum rechtspolitischen Zukunftsforum „Recht sichert die Freiheit“ am 27. August nach Dresden gefolgt.

Vor mehr als 600 Zuhörern sprachen der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble, Ministerpräsident Prof. Kurt Biedenkopf und der sächsische Staatsminister der Justiz, Steffen Heitmann. Wieviel Verrechtlichung verträgt unsere Demokratie? lautete das Thema

einer Podiumsdiskussion mit dem Staatsminister, der Vorsitzenden Richter am Bundesgerichtshof, Monika Harms, dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. Rupert Scholz, der Vorsitzenden der CDU-Präsidiumskommission „Spielraum für kleine Einheiten“, Christa Thoben, und dem Oberlandesgerichtspräsidenten A.D., Rudolf Wassermann.

Die Veranstaltung moderierte der Vorsitzende des BACDJ, Herbert Helmrich MdL.

(Ausführlicher Bericht UiD 27/99)

Riesters Irrwege bei der Reform der Hinterbliebenenversorgung

Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik der CDU, Maria Böhmer, zur Reform der Hinterbliebenenversorgung und zur eigenständigen sozialen Sicherung der Frau:

Die Vorschläge der Bundesregierung zur Rentenreform und insbesondere zur Reform der Hinterbliebenenversorgung sind völlig unzureichend und gehen am Ziel einer Verbesserung der eigenständigen sozialen Sicherung von Frauen vorbei. Frauen werden einmal mehr benachteiligt. Ihren besonderen Lebens- und Erwerbsbiographien wird nicht Rechnung getragen. Riester verpasst die Chance für eine Strukturreform zugunsten der Frauen bei der Rentenreform und führt Frauen in die Irre.

Irrweg 1: Die jetzt beschlossene willkürliche Begrenzung der Rentenanpassung auf den Inflationsausgleich in den beiden kommenden Jahren führt bei Frauen zu einem niedrigeren Rentenniveau als bei Männern.

Denn Frauen haben wesentlich kürzere Rentenbeitragszeiten und geringere Anwartschaften als Männer, die Kürzung trifft sie daher härter. Frauen im Westen kommen schon jetzt nur auf 45 % des Niveaus der Renten von Männern, im Osten sind es 61 %.

Irrweg 2: Die beabsichtigte Einführung einer Grundsicherung gaukelt Frauen mit niedrigen eigenen Rentenansprüchen vor, dass sie mit einer höheren Alterssicherung rechnen könnten.

Diese Erwartung wird sich für viele Frauen bei der Bedürftigkeitsprüfung in Luft

auflösen. Denn das Gesamteinkommen der Ehepartner oder einer Witwe mit Mehrfachbezügen dürfte häufig die Bedürftigkeitsgrenze übersteigen.

Irrweg 3: Das Optionenmodell von Bundesarbeitsminister Riester zur Reform der Hinterbliebenenversorgung ist kein Beitrag zur eigenständigen sozialen Sicherung von Frauen.

Das Unterhaltersatzmodell hält an der vom Ehepartner abgeleiteten Sicherung der Frau fest. Die beiden Splittingansätze des Teilhabemodells und des Partnerschaftsmodells bedeuten lediglich eine Umbuchung zwischen den Rentenkonten der Eheleute und sind damit ebenfalls eine vom Ehepartner abgeleitete Alterssicherung.

Irrweg 4: Riester stellt Witwen beim Unterhaltsmodell deutlich schlechter als bei der bisherigen Ausgestaltung der Hinterbliebenenversorgung.

Die Absenkung des Freibetrags von derzeit 1257,96 (West) bzw. 1078,97 (Ost) auf 630 DM wird zu einer erheblichen Verringerung vieler Witwenrenten führen. Wenn sich die eigenständige Sicherung nicht verbessert, bleibt unterm Strich für die Witwe ein dickes Minus.

Irrweg 5: Das Rentensplitting bietet keine Lösung für die Problemgruppen bei der Altersversorgung.

So scheidet für Alleinerziehende von vornherein der Zugriff auf das Rentenkonto eines Ehemannes aus.

Irrweg 6: Eine stärkere Anerkennung der Familienarbeit, die ein-

hellig von allen politischen Parteien und vom Bundesverfassungsgericht eingefordert wurde, findet nicht statt.

Denn der Faktor Kindererziehung spielt überhaupt keine Rolle. Das Splitting führt lediglich zu einer Umverteilung innerhalb der Familie, nicht aber von Kinderlosen zu Kinderhabenden.

Irrweg 7: Riesters Splittingsmodelle haben eine ungünstige und sozial unausgewogene Verteilungs- und Lenkungswirkung.

Sie begünstigen einerseits die Hausfrauenehe und andererseits Frauen mit hohen eigenen Renten, deren Partner gleichfalls eine hohe Rente beziehen.

Irrweg 8: Das Partnerschaftsmodell ist verfassungsrechtlich bedenklich und als Option wertlos.

Denn welcher Ehepartner mit höherer Rente wird dauerhaft zugunsten des anderen Ehepartner auf einen Teil seiner Rente verzichten? Überlebt er, muss er auch weiterhin mit der gesplitteten, d.h. niedrigeren Rente auskommen. Damit wird der grundgesetzliche Eigentumsschutz der Rentansprüche in Frage gestellt.

Irrweg 9: Durch die Wahlmöglichkeiten beim Optionenmodell werden die Ehepartner vor eine unzumutbare Entscheidung gestellt.

Denn die Entscheidung für ein Modell setzt immer die Überlegung voraus, wer von beiden zuerst stirbt. Unklar ist, wann sich die Ehepartner entscheiden müssen. Bei der Eheschließung? Wenn der erste in Rente geht? Beim zweiten Rentenfall? Müssen sie bei einer einmal getroffenen Entscheidung bleiben? Wer falsch wählt, ist der Dumme!

Angesichts der Einkommenssituation von Frauen im Alter und der Bedeutung der Witwenrente für die Lebensstandardsicherung von Frauen im Alter kommt der Reform der Hinterbliebenenversorgung und dem Ausbau der eigenständigen sozialen Sicherung der Frau besondere Bedeutung zu.

Rund ein Viertel aller Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden als Witwen- und Witwerrenten geleistet. Der durchschnittliche monatliche Rentenzahlungsbetrag für Witwen betrug 1997 rund 830 DM im Westen und rund 1.100 DM im Osten. Das sind lediglich 45 % bzw. 61 % des Niveaus der Renten von Männern. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in den unterdurchschnittlichen Entgelten für Frauen während der Erwerbsphase und den familienbedingt kürzeren Versicherungszeiten (West: rund 25 Jahre; Ost: rund 34 Jahre) der Frauen. Demgegenüber wird bei den Reformüberlegungen zur Rente grundsätzlich von einem durchschnittlichen Einkommen und einer 45jährigen Versicherungszeit ausgegangen. Die Überlegungen der Bundesregierung blenden die besondere Situation von Frauen völlig aus.

Neue Zahlen zur künftigen Entwicklung der Versicherungsverläufe der heute 40- bis 60jährigen zeigen, dass die Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung für Frauen eher noch zunehmen wird. Jüngere Frauen werden zwar kürzere Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung haben, dennoch werden die Frauenrenten auch in 25 Jahren nur etwa halb so hoch wie diejenigen der Männer sein.

Auch künftig wird Kindererziehung der entscheidende rentennachteilige Faktor sein.

Dabei ist die Renten von Frauen um so niedriger, je mehr Kinder sie haben. Ehefrauen mit 3 und mehr Kindern im Westen erreichen nur rund ein Drittel des Alterseinkommens von kinderlosen alleinstehenden

den Frauen. Im Osten ist der Zusammenhang zwischen Kinderzahl und Rentenhöhe auch vorhanden, aber weniger stark ausgeprägt. Frauenrenten werden also auch zukünftig größere Lückenzeiten aufzuweisen haben. Neu ist allerdings, dass Männer ebenfalls verstärkt Lücken in der Versicherungsbiographie haben werden, etwa aufgrund von Arbeitslosigkeit, Sabbaticals oder Teilzeitarbeit.

Aus den Erkenntnissen über die Alterssicherung von Frauen heute und in Zukunft sowie den Veränderungen in der Arbeitswelt, der Zunahme von Alleinerziehenden und Geschiedenen sind strukturelle Reformen unerlässlich. Bei seinen Beratungen wird sich der Bundesfachausschuss Frauenpolitik von den Fragestellungen leiten lassen. Wie werden wir in Zukunft leben, und wie wollen wir in Zukunft in Familie und Arbeitswelt leben? Sowohl **Gerechtigkeit zwischen den Generationen** als auch **Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern** müssen die Kernpunkte für eine Strukturreform sein:

Alle Vorschläge sind an folgenden **Prüfsteinen** zu messen:

- Wird die eigenständige, d.h. die eigene von der Rente des Ehemannes unabhängige Rente der Frau verbessert?
- Ist ein Ausgleich für erziehungsbedingte Nachteile bzw. Familienarbeit in der Rente vorgesehen, d.h. wird Familienarbeit ebenso wie Erwerbsarbeit als ein Beitrag zum Generationenvertrag Renten gewürdigt?
- Ergibt sich eine Verbesserung der Alterssicherung von Problemgruppen, z.B. Alleinerziehenden und Geschiedenen?
- Wird den veränderten Lebens- und Erwerbsverläufen, insbesondere von Frauen, und der Flexibilisierung der Arbeitswelt Rechnung getragen?
- Kann Altersarmut künftig vermieden werden?
- Wie wird die Reform finanziert?

Weder die allgemeine Rentenreform der Bundesregierung noch die Vorschläge von Bundesminister Riester zur Reform der Hinterbliebenenversorgung bieten Lösungen für die geschilderten Problemfelder. Die Chance für eine echte Strukturreform wird so verpasst. ■

Bayern öffnet Kindergärten für Kinder unter drei Jahren

Bayern öffnet seine Kindergärten im September für Grundschüler und Kinder unter drei Jahren. Voraussetzung seien freie Kindergartenplätze und die Einwilligung der Träger, teilte das bayerische Sozialministerium mit.

Damit reagiere Bayern auf die rückläufigen Geburtenzahlen und den steigenden Betreuungsbedarf von Grundschulkindern. Bisher hätten nur Grundschüler der ersten beiden Klassen die Kindergärten besuchen dür-

fen. Kinder unter drei Jahren hätten eine staatliche Genehmigung gebraucht. Das Projekt sei zunächst auf ein Jahr befristet.

Kindergartenträger hätten keine finanzielle Einbußen, wenn sie Kinder anderer Altersklassen aufnähmen, sagte eine Sprecherin. Anders als bisher würden sie bei der Bemessung der staatlichen Förderung mitgezählt. Dennoch solle sich die Betreuung auf Kinder zwischen drei und sechs Jahren konzentrieren.

Luftbuchungen, aber keine Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung

Zu den von der Bundesregierung beschlossenen Spargesetzen zur Umsetzung des »Zukunftsprogramms« erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Die rot-grüne Koalition hat vollmundig ein Einsparvolumen im Jahr 2000 von 30 Mrd DM und für die Jahre bis 2003 von insgesamt 160 Mrd DM verkündet. Einsparungen in den öffentlichen Haushalten sind grundsätzlich der richtige Weg. Aber: Rot-Grün hatte mit dem Bundeshaushalt 1999 die Gesamtausgaben gegenüber 1998 um über 6 vH oder fast 30 Mrd DM kräftig ausgeweitet. Die Ausgaben steigen im Finanzplanungszeitraum ebenfalls weiter kräftig an.

Das sog. Zukunftsprogramm ist ein gigantischer Bluff, der vor allen Dingen einen Mangel hat: Es ist ungeeignet, eine Abkehr von der falschen Weichenstellungen seit der Bundestagswahl zu bewirken, die die Rahmendaten in Deutschland dramatisch verschlechtert haben. Inzwischen ist die wirtschaftliche Dynamik von 1998 erlahmt. Die Investitionen gehen zurück. Die Beschäftigung sinkt. Der zweite Arbeitsmarkt wird aufgebläht. Die Arbeitslosigkeit steigt saisonbedingt seit Monaten wieder an. Ansätze für mehr wirtschaftliche Dynamik, mehr Investitionen und mehr Beschäftigung sind in dem Zukunftsprogramm nicht zu erkennen. Die Steuerbelastung von Bürgern und Betrieben steigt.

Die rot-grüne Bundesregierung betreibt vor allem eine Lastenverschiebung auf Länder und Gemeinden, auf die Sozialkassen, Ausgabekürzungen in Milliardenhöhe sind nicht präzisiert, Luftbuchungen werden als Einsparungen ausgegeben. Selbst das als nicht gerade der Opposition nahe-

stehende »Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung« hat kürzlich das Sparpaket ebenfalls mit Lastenverschiebung auf Länder, Gemeinden und Sozialkassen sowie Luftbuchungen bewertet. »Steuerbereinigungsgesetz«, »Haushaltssanierungsgesetz« und »Familientlastungsgesetz« sind Zustimmungsgesetze, für die die Mehrheit im Bundesrat nicht zu erreichen sein wird. Denn sozialdemokratisch geführte Länder haben Widerstand und Ablehnung bekundet.

Im Einzelnen sind die jetzt beschlossenen Maßnahmen und das »Zukunftsprogramm« aus unserer Sicht wie folgt zu bewerten:

- Finanzminister Eichel hat sein Sparziel von 30 Mrd DM für das Jahr 2000 und 160 Mrd DM bis zum Jahr 2003 nicht erreicht. Die Bundesausgaben im Jahr 2000 liegen mit 478 Mrd DM nur um 7,5 Mrd DM oder 1,5 vH unter dem stark aufgeblähten Haushalt 1999. In den Jahren 1996 gegenüber 1995 war der Rückgang der Bundesausgaben um 9,1 Mrd DM und 1997 gegenüber 1996 um 13,7 Mrd DM stärker als bei Rot-Grün. Von 1991 bis 1997 wurden in den Bundeshaushalten insgesamt 125 Mrd DM eingespart und auch Länder, Gemeinden und Sozialkassen wurden durch echte Einsparungen entlastet.

- Eichel spricht vom Sparen, die Realität ist aber: Er hat im Jahr 2003 rd.100 Mrd DM mehr Steuereinnahmen als 1998 und steigert die Ausgaben bis 2003 gegenüber 1998 um 50 Mrd DM. Er spricht von Beendigung der Verschuldung, macht aber in den Jahren 1999 bis 2003 mehr als 220 Mrd DM neue Schulden im Bundeshaushalt.

- Im »Zukunftsprogramm« gibt es massive Verschiebungen vom Bund auf andere

öffentliche Haushalte, also keine echten Einsparungen, sondern Belastungen der Länder und Gemeinden. Als Beispiele seien genannt: Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe, Wegfall des Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger und Beteiligung der Länder am Unterhaltsvorschußgesetz. Allein diese drei Positionen führen in »Eichels Liste« zu »Einsparungen des Bundes« in Höhe von 4 Mrd DM im Jahr 2000, und im Gesamtzeitraum bis 2003 sind das 17 Mrd DM. Für das Jahr 2000 sind das 13 vH und bis 2003 sind es 11 vH des »Einsparbetrags« von 160 Mrd DM.

● Im sog. Sparprogramm sind im Jahr 2000 rd. 5 Mrd DM als »Globale Minderausgaben« und bis 2003 insgesamt 24 Mrd DM oder 16,4 vH (2000) und 15,1 vH (bis 2003) überhaupt nicht konkretisiert. Allein im Verteidigungshaushalt, der insgesamt bis zum Jahr 2003 knapp 19 Mrd DM verliert, sind Kürzungen von 2,2 Mrd DM für 2000 und 12 Mrd DM bis 2003 als »Globale Minderausgabe« überhaupt nicht ausgeplant. Neubeschaffungen sind ausgeschlossen. Auch hier hat die Regierung ihr Versprechen gebrochen, denn Ende Oktober 1998, hatte der Bundeskanzler noch davon gesprochen, dass bei der Bundeswehr soviel gekürzt worden sei, dass die »schon jetzt mit dem Helm an die Decke stoßen«. Die Brachialkürzungen bei der Bundeswehr auf lediglich noch 43,7 Mrd DM im Jahr 2003 führen dazu, dass der Anteil des Verteidigungshaushalts an den Gesamtausgaben bis zum Jahr 2003 auf nicht vertretbare 8,7 vH sinkt. (1989: 18 vH; 1998: 10,2 vH). Rechnet man die unter der Position »Sonstiges« nicht spezifizierten Kürzungen hinzu, so sind durch »Globale Minderausgaben« und »Sonstiges« bis zum Jahr 2003 über 40 Mrd DM nicht belegt, das sind 25 vH der Gesamtsumme der »Einsparungen«.

● Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze in Deutschland ist auch eine

Stärkung der Investitionstätigkeit des Bundes gefordert. Diesem Anspruch genügen der Bundeshaushalt 2000 und der Finanzplan bis 2003 in keiner Weise. Die gesamten Investitionsausgaben des Bundes sinken im Haushalt 2000 auf 57,6 Mrd DM, und bis 2003 gehen sie auf nur noch 53 Mrd DM zurück, obwohl die Subventionen weiter steigen. Die Investitionsquote erreicht damit im Jahr 2003 mit nur noch 10,6 vH einen Negativrekord. Im Verkehrs- und Bausektor wird gekürzt. Die in der Regierung versprochene Verdoppelung der Forschungsinvestitionen innerhalb von 5 Jahren findet nicht statt. Im Gegenteil: Die Investitionsausgaben im Forschungshaushalt liegen im Jahr 2000 um 582 Mio DM oder über 11 vH niedriger als 1999.

Aufgabe der CDU: die beschäftigungsfeindlichen Auswirkungen begrenzen

Insgesamt bleibt festzuhalten: Weder der Haushalt 2000 noch der Finanzplan bis 2003 enthalten Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung. Dies ist umso schlimmer, als auch die rot-grüne chaotische Steuerpolitik zur Verunsicherung von Wirtschaft und Bevölkerung geführt hat und sich dies in absehbarer Zeit nicht ändert.

Wenn mehr als 70 vH aller »Einsparungen« im sog. »Zukunftsprogramm« aus nicht präzisierten Maßnahmen, aus Lastenverschiebungen auf andere öffentliche Ebenen und aus Luftbuchungen bestehen, dann ist das nicht hinnehmbar und hat mit verantwortungsvoller Konsolidierungspolitik nichts zu tun. Es wird Aufgabe der Union sein, sowohl bei der gesetzgeberischen Umsetzung der Sparmaßnahmen als auch bei der Steuergesetzgebung um Bundestag und Bundesrat dafür zu sorgen, dass die wirtschafts- und beschäftigungsfeindlichen Auswirkungen rot-grüner Politik wirksam begrenzt werden. ■

Hombachs Rücktritt als EU-Balkankoordinator unvermeidlich

Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze, und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages, Ronald Pofalla, zur Erklärung Bodo Hombachs, er lasse bis zur Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe seine Parteiämter innerhalb der SPD ruhen:

Was der SPD recht ist, muß der Europäischen Union billig sein! Es wirft ein höchst seltsames Licht auf Bodo Hombach, wenn er glaubt, mit dem Ruhen der SPD-Parteiämter sei es getan, dem Balkan und der Europäischen Union sei seine weitere Amtsführung aber zuzumuten. Was wie ein Befriedungsmanöver für die SPD-Parteigenossen aussieht, wird sich bald als ein nicht mehr zu vermeidender Rückzug auf Raten herausstellen. Hombach ist auch als EU-Balkankoordinator nicht mehr zu halten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im Europaausschuss Bundeskanzler Schröder befragen, was er über Hombachs Aktivitäten vor seiner Benennung zum EU-Balkankoordinator wußte.

Neue Westfälische“:
SPD-Ortsverein will Hombach aus Partei ausschließen lassen

Ein nordrhein-westfälischer SPD-Ortsverein will den umstrittenen EU-Balkan-Koordinator Bodo Hombach per Parteiordnungsverfahren aus der SPD ausschließen lassen.

Das berichtete die Zeitung «Neue Westfälische». Der Ortsverein Enger-Mitte werfe Hombach vor allem wegen seiner Immobiliengeschäfte in Kanada parteischädigendes Verhalten vor. Satzungsgemäß könne jede Organisationsgliederung der

SPD einen Antrag auf ein Parteiordnungsverfahren stellen, berichtet die Zeitung weiter. Die Entscheidung darüber treffe ein Schiedsgericht. Schärfstes Instrument könne ein Ausschluss aus der SPD sein, auch eine Rüge sei möglich.

Hombach muss am 21. September vor dem Auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments zu seiner Immobilienaffäre Stellung nehmen. Das hatte der Vorsitzende des Ausschusses, der CDU-Abgeordnete Elmar Brok, angekündigt.

Der falsche Mann am falschen Ort

Zu den Veröffentlichungen des „Stern“ zu Hombachs Rolle in der Europäischen Union noch einmal der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Die jüngsten Veröffentlichungen des Stern über Hombachs Rolle in der Europäischen Union sollten den Bundeskanzler zum Nachdenken bringen. Schröder muss seine Kumpanei mit Hombach aufgeben. Was als Freundschaftsdienst für den in Bonn nicht mehr tragbaren Hombach gedacht war, wird zur Belastung von Deutschlands Ansehen in der Europäischen Union. Hombach muss durch eine Top-Person mit internationaler Erfahrung, Managementqualitäten und Mobilitätsbereitschaft ersetzt werden, die den Aufbau auf dem Balkan vor Ort engagiert voranbringt.

Hombach ist der falsche Mann am falschen Ort. Es ist völlig unverständlich, warum seine mit der Umsetzung des Stabilitätspaktes auf dem Balkan befasste Institution nicht auch räumlich in der Nähe ihres Wirkens angesiedelt wird.

Kommunikationslosigkeit und Zuständigkeitsdenken überwinden

Unter dem Motto „Moderne Sozialpolitik in der Großstadt: Großstadt 2000 – Heimat oder Moloch“ hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Fachkongress in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin veranstaltet.

Mit Politikern, Fachleuten und Sozialarbeitern wurde über die sozialpolitische Situation in den Großstädten diskutiert. Der CDU-Vorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, rief die Bevölkerung in den Großstädten zu mehr Eigenverantwortung auf. Durch freiwillige Tätigkeiten wie die Betreuung älterer Menschen oder die Mitarbeit bei der Integration ausländischer Mitbürger könnten Kommunikationslosigkeit und Isolation in den Großstädten überwunden werden. Dabei muss der Staat allerdings auch helfen.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, forderte eine neue sozialpolitische Philosophie. In der Sozialpolitik dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass sie nur repariere. Ideen und Phantasie seien notwendig. Dabei könnten die finanziellen Mittel durchaus auch noch effizienter eingesetzt werden.

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef

Arentz, bezeichnete es als Verbrechen, 18- bis 20jährigen jungen Menschen die Sozialhilfe in die Hand zu drücken und sie dann ihrem Schicksal zu überlassen. Als Vorbild eigne sich beispielsweise die Stadt Köln. Hier erhalten junge Menschen im Rahmen des Programms „Köln sofort“ ein Praktikum mit einer Vergütung von 850 DM angeboten. Entgegen der allgemeinen Annahme, dass junge Sozialhilfeempfänger sich vor der Arbeit drücken, haben in Köln 75 Prozent der jungen Menschen das Arbeitsangebot angenommen.

Der Vorsitzende der Internationalen Polizeigewerkschaft, Hermann Lutz, stellte fest: „Gute Sozialpolitik ist die beste Sicherheitspolitik.“ Dazu ist es notwendig, dass im Interesse der Menschen in den Kommunen der Satz „Hier sind wir nicht zuständig“ auf Dauer gestrichen wird.

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieber-Jastram, zog das Fazit: „Für die Zukunft ist es notwendig, die Kräfte zu bündeln und alle Bereiche auch über die eigene Zuständigkeit hinaus in die Verantwortung zu nehmen, die Selbsthilfepotentiale zu stärken und die Finanzierungsformen effektiver zu gestalten. Mit diesem Kongress habe man eine Grundlage für die weitere Diskussion gelegt.“

Mitgliederzuwachs bei der nordrhein-westfälischen CDU hält an

Im ersten halben Jahr 1999 sind mehr als 10.000 neue Mitglieder in die Partei eingetreten. Generalsekretär Herbert Reul in Düsseldorf: „Ende Juni hat die CDU zwischen Rhein und Weser 201.791 Mitglieder gehabt. Das sind 5.565 mehr als im Juni des Vorjahres.“

Staatsverschuldung:

Rot-grünes Ablenkungsmanöver

Im Bundestagswahlkampf forderten SPD-Politiker einen „Kassensturz“, weil die Kassen leer seien. Nach der Bundestagswahl hat der rot-grüne „Kassensturz“ offensichtlich ergeben, dass die Kassen prall gefüllt sind. Denn 1999 gibt die Schröder-Regierung gegenüber dem Haushalt der CDU-geführte Bundesregierung von 1998 30 Milliarden DM bzw. über 6 Prozent mehr aus. Doch schon neun Monate nach Amtsantritt fordern SPD-Politiker erneut, es müsse gespart werden. Dazu soll betragsmäßig das eingesammelt werden, was zuvor mehr ausgegeben wurde.

Um von eigenen Versagen abzulenken, sucht die Schröder-Regierung nach einem Schuldigen und findet ihn in der – wie sie behauptet – „geerbten“ Staatsverschuldung. Richtig ist: Für viele ist eine Verschuldung von Bund, Ländern, Gemeinden und Sonderrechnungen von insgesamt über 2,2 Billionen DM 1998 natürlich unvorstellbar und wirkt deshalb bedrohlich. Alle Versuche der Schröder-Regierung, die Menschen mit solchen Zahlen zu verunsichern, sind jedoch unangebracht.

Die Schröder-Regierung missbraucht die Staatsverschuldung als Alibi für eine unseriöse Sparargumentation und den scheinheiligen Versuch, eine „Erblastenthese“ aufzubauen. Die Behauptung, unter Verantwortung der CDU-geführten Bundesregierung sei die Verschuldung des Bundes von 300 Milliarden DM auf 1.500 Milliarden DM angestiegen, ignoriert einige wesentliche Fakten. Zur Erinnerung: Bis 1969 spielte die Verschuldung des Bundes eher eine untergeordnete Rolle. Ende 1969 hatte die CDU-geführte Bundesregierung

der sozial-liberalen Koalition eine Gesamtverschuldung des Bundes von 45 Milliarden DM hinterlassen. Dies waren damals weniger als 8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Unter Verantwortung der SPD von 1969 bis 1982 sind die Schulden des Bundes auf 309 Milliarden DM – fast 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – deutlich angestiegen. Von 1982 bis 1989 hat sich unter Verantwortung der CDU der Anstieg der Verschuldung des Bundes deutlich verlangsamt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug die Verschuldung des Bundes damals rund 22 Prozent (490 Milliarden DM).

Vorübergehend höhere Neuverschuldung für den Aufbau Ost als Investition in die Zukunft richtig und notwendig

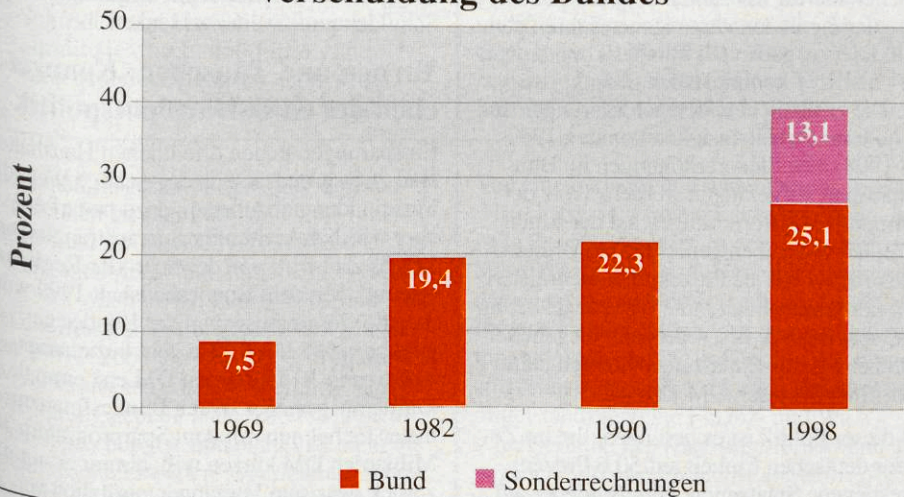
Unseriös und unsachlich ist jede Argumentation zur Verschuldung, die die tiefgreifenden Veränderungen für die Finanzpolitik durch die deutsche Einheit verschweigt. Im Zusammenhang mit dem Aufbau in den neuen Bundesländern erbringt die Finanz- und Haushaltspolitik enorme Leistungen. So sind jährlich bis zu 190 Milliarden DM – dies sind fast 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – in den Aufbau der neuen Bundesländer geflossen. Diese gewaltigen Summen haben natürlich auch ihren Niederschlag in den finanzwirtschaftlichen Kenndaten gefunden. Der Aufbau in den neuen Bundesländern ist und bleibt jedoch eine notwendige und richtige Investition in die Zukunft Deutschlands. Deswegen war und ist es richtig, einen Teil der Investitionen vorübergehend über erhöhte Kredite zu finanzieren.

Zur Finanzierung der solidarischen Aufgabe des Aufbaus in den neuen Bundesländern ist die Verschuldung des Bundes seit 1990 bis 1998 auf 954 Milliarden DM angestiegen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt lag der Anteil mit 25 Prozent nur wenig höher als 1989. Hinzu kommen die Schulden der Sonderrechnungen, im wesentlichen für die Übernahme der Schulden des SED-Regimes in Höhe von rund 500 Milliarden DM. Sie betragen rund 14 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Aus Gründen der Transparenz wurde diese Verschuldung außerhalb des Bundeshaushaltes in Sonderrechnungen geführt. Ziel der CDU-geführten Bundesregierung war es, die im Erblastentilgungsfonds zusammengefassten SED-Erblasten innerhalb eines Generationenzeitraums abzutragen. Die Kreditmarktschulden des Fonds Deutsche Einheit sollten bis zum Jahr 2012 abgetragen werden. Schröder-Regierung hat nun aber die Sonderrechnungen in den Haushalt integriert, um so neue Verschleißbahnhöfe zu Lasten kommender Generationen zu erschließen.

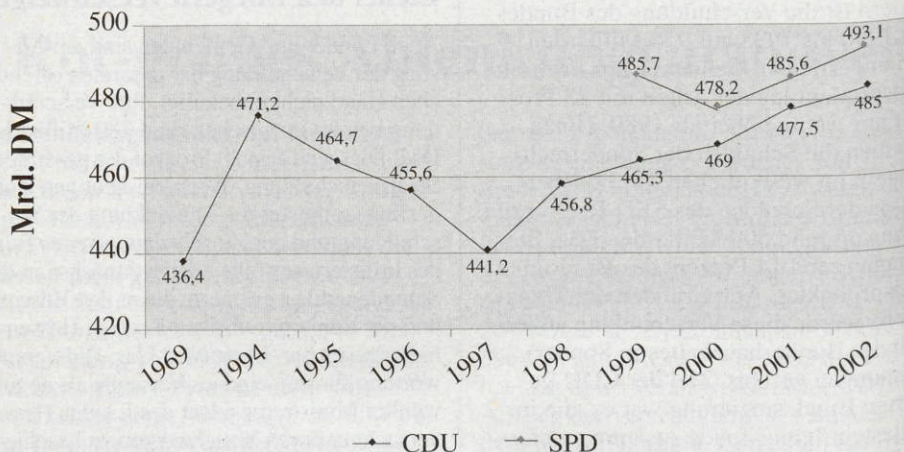
Was Bundesfinanzminister Eichel den Bürgern verschweigt

Auch Länder und Gemeinden sind am Anstieg der Verschuldung der gesamten öffentlichen Hand nicht unbeteiligt. Ihre Verschuldung beträgt inzwischen rund 780 Milliarden DM. Dies sind fast 30 Prozent der gesamten Staatsverschuldung. Wenn der heutigen Bundesfinanzminister die Entwicklung der Verschuldung und der Zinsbelastungen des Bundes kritisiert, so sollte er sich zunächst an die Schuldenerblast erinnern, die er den Bürgern und der Regierung Roland Koch in Hessen hinterlassen hat. Dann wird klar: Die Verantwortung für sein eigenes Versagen als abgewählter Ministerpräsident des Landes Hessen versucht er durch Verschweigen zu kaschieren. Gerade unter Hans Eichel ist in Hessen die Verschuldung von 27,5 Milliarden DM 1990 um fast 60 Prozent auf über 43 Milliarden DM 1999 angestiegen. Als Folge der Eichelschen Schuldenexplosion wachsen auch die dafür erforderlichen Zinsausgaben. 1990 betragen sie noch 1,7 Milliarden DM. Heute liegen sie mit 2,8 Milliarden DM um 70 Prozent höher. Kanzler Schröder hat mit Hans

Verschuldung des Bundes



Ausgaben des Bundes



Eichel als Bundesfinanzminister den Bock zum Gärtner gemacht.

Solidität und Sparsamkeit: Kennzeichen der CDU-Haushaltspolitik

Unser Ziel war und ist, die Staatsverschuldung zu stabilisieren und zu senken. Die Weichen hierfür hat die CDU-geführte Bundesregierung in den vergangenen Jahren gestellt. Die Ausgaben des Bundes konnten von 1994 bis 1997 kontinuierlich gesenkt werden. Die zusätzlichen Herausforderungen aus der höheren Arbeitslosigkeit konnten 1997 und 1998 ohne Steuererhöhungen im Bundeshaushalt aufgefangen werden. Trotz der enormen Herausforderungen hat der Anteil der Bundesausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt mit 12 Prozent den niedrigsten Wert der letzten Jahrzehnte erreicht. 1982 lag die Quote noch bei 15,4 Prozent. Gegenüber 1998 beträgt das Entlastungsvolumen damit rund 130 Milliarden DM jährlich.

Mit dieser Politik ist es gelungen, die im Zuge der deutschen Einheit auf 50,6 Prozent angestiegene Staatsquote bereits wieder auf

rund 48 Prozent zu senken. Zugleich haben wir dadurch Freiräume geschaffen, die Steuern wieder zu senken sowie die Neuverschuldung abzubauen. In den vergangenen beiden Jahren lag die Neuverschuldung deutlich unter dem Defizitkriterium des Vertrags von Maastricht. 1997 lag sie bei 2,7 Prozent und 1998 bei nur noch 2,1 Prozent. Die Neuverschuldung muss auch künftig kontinuierlich gesenkt werden, damit es gelingt, die Schuldenquote weiter zu senken.

Tarnen und Täuschen: Kennzeichen der SPD-Haushaltspolitik

Einsparungen in den öffentlichen Haushalten sind zwar grundsätzlich der richtige Weg, die Verschuldung abzubauen; dazu bedarf es aber wirklich kraftvoller Sparanstrengungen. Dieses Ziel wird von der Schröder-Regierung verfehlt. Mit dem Bundeshaushalt 1999 wurden die Gesamtausgaben des Bundes gegenüber 1998 um 6,3 Prozent beziehungsweise rund 30 Milliarden DM erst einmal kräftig ausgeweitet. Wenn Bundesfinanzminister Eichel nun mit dem Sparprogramm 30 Milliarden DM kürzen will, nimmt er nur das zurück, was sein Vorgänger zusätzlich ver-

Diskussion um Vermögenssteuer würgt Konjunktur ab

Zum Thema Wiedereinführung der Vermögenssteuer erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle:

Mit ihren erneut erhobenen unverantwortlichen Forderungen, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer zu erhöhen, fordert Heide Simonis ein Abbremsen der bisher allein durch den Export getragenen und noch keineswegs stabilen Konjunkturbelebung geradezu heraus. Noch bevor die positive weltwirtschaftliche Entwicklung unsere durchhängende Binnenkonjunktur mitziehen kann, verunsichert sie Unternehmer und Verbraucher durch ihre populistischen, aber wirtschaftlich unsinnigen Forderungen und durch den Startschuss für eine wohlfeile Neidkampagne. Gemeinsam mit der gesamten SPD, der SPD-Bundestagsfraktion und vor allem mit Gerhard Schröder und Hans Eichel unternimmt sie durch eine Fülle von verwirrenden Signalen, sich widersprechenden Ankündigungen und

durch faktisches Nichtstun alles, um Investoren abzuschrecken.

Mit ihren undifferenzierten Äußerungen hat Ministerpräsidentin Simonis sich wieder in die bundesdeutsche Meckerecke gestellt und damit das Land Schleswig-Holstein und seine Menschen diskriminiert und belastet. Anstatt umfassende Steuersenkungen auf der Basis der Vorschläge von Peter Struck und anderen zu fordern und wirklich Mut zu zeigen, verweigert die SPD-Traditionalistin Heide Simonis sowohl Deutschland als auch Schleswig-Holstein die Modernisierung, den Weg in die Zukunft. Das haben unsere Mitmenschen nicht verdient.

Hans Eichel muss jetzt angesichts einer sich noch nicht selbst tragenden Konjunktur sein willkürlich zusammengestelltes Sparpaket aufschneiden und Punkt für Punkt die Konjunkturwirksamkeit prüfen. Es hilft kein globales undifferenziertes Streichen mehr, das lediglich das 30 Milliarden teure postkeynesianische Zwischenspiel von Oskar Lafontaine wiedergutmachen soll.

plant hatte. Insgesamt liegen aber die Bundesausgaben im Jahr 2000 mit 478 Milliarden DM nur um 7,5 Milliarden DM oder 1,6 Prozent unter dem stark aufgeblähten Haushalt 1999. Auch in den Jahren 2001 und 2002 gibt die Bundesregierung nach dem Finanzplan 1999 – 2003 jeweils über 8 Milliarden DM mehr aus, als die CDU-geführte Bundesregierung geplant hatte. Die rot-grünen Sparversprechungen sind nicht viel mehr als Potemkinsche Fassaden. Wer dahinter schaut, erkennt die Schönrechnerei und Blendung.

Von einem klaren und widerspruchsfreien wirtschafts- und finanzpolitischen Konzept ist nichts zu erkennen. Sparen kann kein Selbstzweck sein. Schon gar nicht kann es darum gehen, soziale Ungerechtigkeiten zu fördern, bei Investitionen zu kürzen und damit das Wachstum zu gefährden. Wir brauchen statt dessen eine zukunftsorientierte und mittelstandsgerechte Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Wachstum fördert und die zugleich hilft, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen. ■

Neue Wohngeld-Novelle ist in Wirklichkeit Abkassiermodell

Zur der vom Bundeskabinett verabschiedeten Wohngeldnovelle erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Bau- und Wohnungswesen, Dietmar Kansy:

Wenn die Bundesregierung an dem von Eichel postulierten Junktim zwischen einer Wohngeldanpassung und einem hälftigen Ausstieg des Bundes aus seiner bisherigen Mitfinanzierung ernsthaft festhalten will, dann bliebe die jetzt vom Kabinett beschlossene Wohngeldnovelle nicht mehr als eine Alibi-Veranstaltung. Nach dem Wortbruch vor und nach der Bundestagswahl zum Inkrafttreten eines wesentlich höheren Wohngeldes – jetzt erst und vielleicht Anfang 2001 – gibt Rot-Grün auch bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Wohngeldreform Kernpositionen früherer Jahre auf.

Unter Saldierung der Finanzierungs- und Gegenfinanzierungsvorschläge erhofft sich die Bundesregierung von der Novelle eine Einsparung von 2,9 Mrd. DM im Jahr 2000 und sogar noch von 2,5 Mrd. DM im ersten Jahr der Wohngeldanpassung. Die eine »Einnahmequelle« ist bekannt: der Bund soll sich an den Kosten des Pauschalwohngeldes nicht mehr beteiligen. Nach dem Motto »Nach mir die Sintflut« überlässt es der Gesetzentwurf den Ländern, »die Kostentragung in ihrem Zuständigkeitsbereich zu bestimmen«, soll heißen, an die Gemeinden weiterzuschieben.

Weniger bekannt ist, daß gleichzeitig auch noch ein Betrag von 282 Mio. DM, resultierend aus einer früheren Krankenhausmischfinanzierungs-Regelung zu Lasten der Länder, zur Finanzierung mit herangezogen wird. Die Union teilt die auch vom Bundesrechnungshof vorgetragene Forderung nach Aufgabe der ihren früheren

Zweck nicht mehr erfüllenden Kompensationsregelung. Aber natürlich hätte die SPD im Bundesrat wie Bundestag letztes Jahr diesen Vorschlag noch ebenso abgeblockt wie sie den Vorschlag der Regierung Kohl brüsk torpedierte, der auf eine Wohngeldstrukturnovelle mit Kosten von 250 Mio. DM für den Bund hinauslief – mit Wirksamkeit bereits Anfang 1999.

Angesichts dieses Abkassier-Modells dann noch davon zu sprechen, man wolle die Absenkung der Einkommensgrenzen bei der Eigenheimförderung zur Finanzierung des höheren Wohngeldes einsetzen, erscheint nur als weiterer rot-grüner Beitrag zur Neid-Diskussion verständlich. Letztlich hat

Für die vielen Versprechen sind keine Regelungsansätze erkennbar.

die SPD auch hier ihre programmatische Standpunkte vor der Wahl aufgeben.

Bundesminister Müntefering weiß, daß die Kommunen seit Juni gegen seine Finanzierungspläne Sturm laufen; seit der Anhörung Mitte August weiß er auch, daß die Bauressorts aller Länder, also auch seine eigenen Parteifreunde, seiner Vorschalt-Abkassiernovelle ablehnend gegenüberstehen, zum Teil sogar verfassungsrechtliche Bedenken äußern. Bleibt es dabei im September im Bundesrat, wovon auszugehen ist, dann sehe ich wenig Chancen für einen seriösen Einstieg der Bundestags-Ausschüsse in die im Oktober beginnenden Sachberatungen.

In der Begründung zum Gesetzentwurf räumt die Bundesregierung ein, daß die wohngeldfähigen Miethöchstbeträge

Umfrage: In NRW sind immer mehr Wähler unentschlossen

Die Unsicherheit der Wähler, welchem Oberbürgermeister-Kandidaten sie bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl am 12. September ihre Stimme geben sollen, wächst.

Jeder dritte bis vierte Wähler gab in einer Umfrage in der zweiten Augusthälfte an, noch unentschlossen zu sein. In den Universitätsstädten Köln, Essen und Siegen sagten dies sogar zwischen 35 und 38 Prozent der Befragten. Das hat das Potsdamer Institut für Wahlforschung Psephos in 9.000 Interviews im Auftrag des Westdeut-

schen Rundfunks ermittelt. In der ersten Augustwoche hatten sich erst 20 Prozent unentschlossen gegeben.

Auffällig an dem bisherigen Prognosebild ist außerdem, dass in vielen Städten die Ratsmehrheit und die politische Couleur des Oberbürgermeisters nicht mehr identisch sein werden. In fünf von acht Großstädten, in denen gefragt wurde, wird der Bürgermeister sich seine Mehrheit im Rat suchen müssen. Demzufolge wird ein SPD-Bürgermeister in Aachen, Düsseldorf und Wuppertal auf eine CDU-Ratsmehrheit treffen.

im Schnitt nur um 20% angehoben werden, während die Mieten von 1991 bis Ende 1998 um rund 33% und bis zum Inkrafttreten der Novelle um etwa 35% gestiegen sein werden. Durchschnittlich soll sich das Tabellenwohngeld im früheren Bundesgebiet um 83 DM monatlich erhöhen; für die neuen Länder und für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger soll per Saldo das derzeitige Wohngeldanspruchsniveau gehalten werden. Hinter diesen Durchschnittszahlen der Regierung verbergen sich allerdings höchst unterschiedliche Leistungsanpassungen, etwa zwischen Alt- und Neubau, kleinen und größeren Haushalten. Außerdem werden sich für die Wohngeldempfänger in Ostdeutschland die konkreten Auswirkungen erst zeigen, wenn die auf 2001 verschobene Mietenstufeneinteilung erfolgt sein wird.

Seitens der Länder-Experten ist Müntefering bereits deutlich gemacht worden, daß seine Vorlagen mehr Schatten als Licht hinsichtlich des allseits angestrebten Ziels einer Verwaltungsvereinfachung enthält;

das dürfte vor allem für die neuen Mietzuschußregelungen für Sozialhilfeempfänger gelten. Vor allem finde ich es bedauerlich, dass das Wohngeldrecht keinen Schritt bürgernäher gestaltet werden soll; positive Ansätze aus dem Sonderwohngeldrecht Ost werden bei der Vereinheitlichung leider nicht aufgegriffen.

Legt man an den Regierungsentwurf die Elle der zahlreichen Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen aus der letzten Wahlperiode, dann drängt sich auch bei den geplanten Strukturveränderungen nur das Fazit auf, dass für viele Versprechungen – Haushalte mit Kindern müssen stärker gefördert werden, besondere Berücksichtigung kleinerer Haushalte, das Wohngeld müsse dynamisiert werden – keine neue Regelungsansätze erkennbar werden. Statt einer Dynamisierung hält es nun die Koalition sogar für ausreichend, einen Wohngeld- und Mietenbericht zur Notwendigkeit von Leistungsanpassungen künftig alle vier Jahr statt im Zwei-Jahres-Rhythmus vorzulegen. ■

Marlies Mosiek-Urbahn leitet neuen Bundesfachausschuss

Der neue Bundesfachausschuss Familien- und Jugendpolitik der CDU wird von der hessischen Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn geleitet. Bei der konstituierenden Sitzung wählten die Mitglieder die 53jährige frühere Bundessozialrichterin und Europaabgeordnete zur Vorsitzenden.

Als ihre Stellvertreter fungieren die Bundestagsabgeordnete Ilse Falk, Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und der jugendpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg, Rolf Harlinghausen.

„Hier besteht ein großer Nachholbedarf“

Mit der Gründung des Fachausschusses macht die CDU nach den Worten von Marlies Mosiek-Urbahn deutlich, dass sie der Familien- und Jugendpolitik einen hohen Stellenwert einräumt, diese programmatisch fortentwickeln und zeitgemäß gestalten will. „Hier besteht ein Nachholbedarf. Wir wollen die Verantwortung in und

für die Familien fördern, innerparteilich die Diskussion über diesen Themenbereich intensivieren, Konzepte und Entscheidungen mitvorbereiten sowie deren praktische Umsetzung anstoßen und begleiten“, definierte die Vorsitzende die Aufgabenstellung des neuen Gremiums.

Besonders wichtig: Die Arbeitsmarktchancen der Jugendlichen

Als Arbeitsschwerpunkte nannte Marlies Mosiek-Urbahn die Verbesserung der materiellen Förderung der Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Gesellschaft. Eine gleichwertige Rolle werde die Frage der Verantwortung für die Zukunftssicherung der Jugendlichen spielen. „Insbesondere die Auseinandersetzung mit den Arbeitschancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt wird den Ausschuss beschäftigen“, kündigte die Vorsitzende an. Auch müssten Instrumente erarbeitet werden, mit deren Hilfe die Wahrnehmung von Eigenverantwortung im Bewusstsein der Jugendlichen verstärkt entwickelt werden könne.

Umfrage: Beliebtheit von Labour in Großbritannien sinkt

Das Ansehen der britischen Labour-Regierung unter Premierminister Tony Blair ist nach einer neuen Meinungsumfrage auf den tiefsten Punkt seit dem Wahlsieg vom Mai 1997 gesunken. Nach einer in der »Times« veröffentlichten Umfrage fiel die persönliche Beliebtheit Blairs erstmals unter die 50-Prozent-Marke. Mit ihm zufrieden waren 49 Prozent der Befragten, im Vergleich zu 55 Prozent vor einem Monat.

Thomas Schäuble Vorsitzender des Fachausschusses Innenpolitik

Auf der konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU wurde der baden-württembergische Innenminister, Thomas Schäuble, zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Schäuble tritt damit die Nachfolge von Heinz Paus MdL an, Justitiar und innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Paus wird Stellvertreter von Schäuble ebenso wie Sylvia Bonitz MdB, die Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages ist.

Aufgabe des Expertengremiums ist es, die CDU in allen wichtigen innenpolitischen Fragen zu beraten sowie langfristige Strategien und Konzepte für anstehende innenpolitische Probleme zu entwerfen. In der vergangenen Legislaturperiode hatte der Bundesfachausschuss u. a. Konzepte zur kommunalen Kriminalprävention sowie für Maßnahmen der Prävention, der Therapie und der strafrechtlichen Verfolgung bei Drogenmißbrauch entworfen.

Polizeiarbeit verbessern

Die innenpolitischen Experten der CDU wollen sich in der laufenden Legislaturperiode intensiv mit der weiterhin dramatisch zunehmenden Kinder- und Jugendkriminalität auseinandersetzen. Ferner sollen die mit den neuesten Entwicklungen der Informationsgesellschaft verbundenen Fragen der inneren Sicherheit erörtert werden. Neben einer Bestandsaufnahme der bisherigen Möglichkeiten technischer Prävention sollen auch eine Verbesserung sowie die grenzübergreifende Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen einbezogen werden.

Vor dem Hintergrund geplanter Kürzun-

gen der Bundesregierung im Aussiedlerbereich und bei der Flüchtlingsaufnahme wird der Bundesfachausschuss auch Themen für eine verbesserte Integration insbesondere junger Aussiedler und junger Ausländer erörtern. Auf dem Arbeitsprogramm stehen ferner Fragen der Verbesserung der polizeilichen Arbeit, insbesondere die Vereinheitlichung und die Verbesserung des materiellen Polizeirechts. Dazu zählt die Einführung wichtiger Befugnisse, wie z. B. die Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder der mehrtägige Unterbindungsgewahrsam in allen Länderpolizeigesetzen.

Regierung ohne Erfolg bei der inneren Sicherheit

Die Arbeit des Fachgremiums wird gerade in der Oppositionszeit große Bedeutung gewinnen, da die Bundesregierung bislang keine wesentlichen Initiativen im Bereich der inneren Sicherheit ergriffen hat. Bisherige Anträge zur verbesserten Verbrechensbekämpfung im Deutschen Bundestag stammten samt und sonders von der Union; so der Entwurf eines Graffiti-Bekämpfungsgesetzes, Vorschläge zur Verbesserung der DNA-Analyse bei der Strafverfolgung sowie eine Erweiterung der Telefonüberwachung auch auf Taten des Kindesmissbrauchs.

Die Bundesregierung, die noch in ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen hatte „entschlossen gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorzugehen“, hat deshalb auch im Bereich der inneren Sicherheit nach 300 Tagen Regierungszeit keine Erfolge vorzuweisen. ■

Unsere mediale Außenpräsenz ist heute schon nur noch eine Karikatur

Der Obmann für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Neumann hält die Einberufung einer raschen Sonderkonferenz von Bund und Ländern zur Zukunft des deutschen Auslandsrundfunks für dringend erforderlich:

Auch auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer müssen zu diesem Thema Beratungen erfolgen. Nach einem Informationsbesuch von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten aus den Ausschüssen für Haushalt sowie Kultur und Medien sowie der EVP-Fraktion des Europarlamentes bei der Deutschen Welle tv in Berlin ist folgendes festzustellen:

1. Bleibt es bei der 54 Millionen-Kürzung der Bundesregierung im Haushalt 2000 gegenüber dem noch im Mai 1999 verabredeten Etat, wird mit Entlassungen und der Schließung von Programmen irreparabler Schaden für die Außendarstellung Deutschlands angerichtet. Schon jetzt ist die rot-grüne Koalitionsvereinbarung, die eine Verbesserung der medialen Außenpräsenz Deutschlands vorsieht, nur noch eine Karikatur.

2. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Clement hat recht, wenn er betont, der deutsche Auslandsrundfunk müsse zusammen mit Amerikanern, Briten und Franzosen in der Weltliga und nicht in einer Provinzklasse spielen. Den Worten müssen aber Taten folgen. Wenn der Bund in der auswärtigen Medien- und Kulturarbeit versagt, sollen sich die Länder im Hinblick auf ihre Gesamtmitverantwortung engagieren und ARD sowie ZDF zu einer kostenlosen Zulieferung zum Auslandsrundfunk verpflichten. Die im Inland von Gebührenzahlern finanzierten Programme sollten

nicht ein zweites Mal von den Steuerzahlern für das Ausland finanziert werden.

3. Bis zur Entscheidung über die nächsten Rundfunkgebühren darf dieses Problem nicht auf die lange Bank geschoben werden. Bis dahin ist die Deutsche Welle durch die Naumannschen Haushaltskürzungen schon so gerupft, dass eine vernünftige und sozial verträglich ablaufende Kooperation gar nicht mehr möglich ist.

4. Die Behauptungen des Staatsministers für Kultur und Medien, Naumann, die DW sei von Einsparungen betroffen wie andere

Der Kahlschlag bei der Deutschen Welle gefährdet die Standorte Köln und Berlin.

auch, ist falsch. Im Gegensatz zu anderen Institutionen der auswärtigen Medien- und Kulturarbeit wurde die DW bereits 1999 von einer Kürzung von 30 Millionen betroffen. Jetzt halte sie mit einem weiteren 54 Millionen-Abschlag als Steinbruch zur Erhöhung anderer Subventionen her. Naumann spart nicht, er schiebt Subventionen zu Lasten des deutschen Auslandsrundfunk um.

5. Der Kahlschlag bei der DW wird zu einer Schwächung der Medienstandorte Köln und Berlin führen. Während im Inland für ARD und ZDF Gebührenerhöhungen erwogen werden, soll dem Auslandsrundfunk die internationale Wettbewerbsfähigkeit genommen werden. Das ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion völlig inakzeptabel.

Zukunft beginnt im Klassenzimmer

Jede achte Schulstunde fällt in Nordrhein-Westfalen aus, sagen die Fachleute.

Bis zu eineinhalb Jahre verlieren die nordrhein-westfälischen Schüler im Laufe ihrer Schulzeit. Bei den erteilten Schulstunden liegt NRW auf dem letzten Platz aller Bundesländer.

Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Wer heute nicht gut ausgebildet wird, wird morgen arbeitslos.

Deshalb will die CDU zusammen mit den Lehrern, Eltern und Schülern unsere Schulen in Ordnung bringen. Wir wollen für unsere Kinder das beste Bildungssystem in Deutschland.

Unsere Antwort:

- Mehr neue Lehrer, mehr Unterricht, mehr Verlässlichkeit!
- Helfen Sie uns, damit wir unseren Kindern helfen können.

Jürgen Rüttgers, Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

Lehrerverband fordert feste Öffnungszeiten für alle Grundschulen

Der Lehrerverband Bildung und Erziehung (VBE) hat bundesweit für alle Grundschulen verlässliche Öffnungszeiten gefordert. Bisher seien zu wenige Grundschulen von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr geöffnet.

Aus Kostengründen erhalte an den bestehenden darüber hinaus oft die reine Beaufsichtigung Vorrang vor Erziehung und Unterricht, kritisierte VBE-Vorsitzender Ludwig Eckinger in Berlin. „Die Billiglösung ist in den meisten Bundesländern das Maß für die volle Halbtagsgrundschule. Das einzig verlässliche daran ist die Verwahrung.“

Dabei biete die zusätzliche Schulzeit große Chancen für mehr Förderung. Die Kinder benötigten heute mehr Zeit zum Lernen und die Schule habe mehr erzieherische Aufgaben bekommen, sagte Eckinger. Ohnehin sei die Grundschule im Vergleich zu den weiter-

führenden Schulen dramatisch unterfinanziert. Eckinger: „Hier wird an der falschen Stelle gespart, da alle Kinder die Grundlage für ihre weitere Schulzeit in der Grundschule erhalten.“ Für Fremdsprachen und Computerlernen fehle es beispielsweise oft ganz an Geld und Personal.

Eine Umfrage des Verbandes bei den Kultusministerien der 16 Bundesländer habe ergeben, dass Hamburg und Rheinland-Pfalz mit der Einführung der Halbtags-Grundschule am weitesten seien. Diese werde auch für pädagogische Reformkonzepte genutzt, erläuterte der VBE-Vorsitzende. Allerdings fehlten auch hier Lehrer, um die volle Zahl von Unterrichtsstunden tatsächlich zu gewährleisten. In Hessen zeichne sich nach hoffnungsvollen Ansätze nun unter der neuen Regierung eine Umkehr ab.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist eine umfassende Justizreform in Aussicht gestellt. Einige der Bestandteile: Dreistufigkeit, Aufwertung der einheitlichen Eingangsgerichte, Reform der Gerichte und Instanzen, Angleichung der Verfahrensordnung...

Diese und weitere rechtspolitische Themen stehen im Mittelpunkt einer der nächsten Großveranstaltungen im Bildungszentrum Schloß Eichholz.

Thema/Termin:

Veranstaltung Nr. 347

Antworten auf rot-grüne Rechtspolitik

Eichholzer Forum

26. bis 27. September 1999

Schwerpunkte:

- Opposition zu rot-grüner Rechtspolitik – Bilanz und Alternativen – Rechtsmittelsystem und dreigliedriger Gerichts Aufbau
- Ursachenorientierte Kriminalpolitik
- Föderalismus auf dem Prüfstand – Hält der Föderalismus noch, was er verspricht?
- Wege zur Reform der Finanzverfassung unter Berücksichtigung des

aktuellen Normenkontrollverfahrens im Länderfinanzausgleich

Unter den Mitwirkenden:

- Norbert Geis, Berlin rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- Steffen Heitmann MdL, Dresden Staatsminister der Justiz des Freistaats Sachsen
- Herbert Helmrich MdL, Schwerin Minister a.D., Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich-DEMOKRATISCHER JURISTEN (BACDJ)
- Dr. Heidemarie Renk, Frankfurt/M. Mitglied des Präsidiums des Deutschen Richterbundes
- Prof. Dr. Hans-D. Schwind, Bochum Minister a.D., Professor für Kriminologie, Strafvollzug und Kriminalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum
- Dr. Paul Selbherr, Freiburg i.Br. Mitglied des Präsidiums der Bundesrechtsanwaltskammer

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax Nr. 0 22 36/7 07-2 30

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Genau das falsche Signal

Der hessische Justizminister Christean Wagner hat das Vorhaben der Bundesjustizministerin kritisiert, Ladendiebstähle, bei denen Gegenstände bis zu einem Wert von 50 DM entwendet werden, mit einem durch die Polizei verhängten Strafgehalt von 100 DM zu belegen.

„Auch der Ladendiebstahl ist ein Diebstahl nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches und muss vom Staat in entsprechender Weise geahndet werden“, betonte Wagner in Wiesbaden. „Ein Diebstahl ist und darf nicht wie ein Parkverstoß behandelt werden“, stellte Wagner klar. „Der Staat, vertreten durch eine unabhängige Justiz, ist hier gefordert und darf nicht untätig sein“, meinte Wagner weiter. Die von der Bundesjustizministerin propagierte Einführung eines Strafgebaldes durch die Polizeibehörden verletze zum einen den Grundsatz der Gewaltenteilung, der im Grundgesetz verankert sei. Zum anderen

sieht Wagner die Gefahr, dass sich ein Ladendiebstahl bei der hohen Dunkelziffer nicht aufgedeckter Straftaten für den Täter „geradezu lohne“, wenn er genau weiß, dass er nur mit einem Strafgehalt von 100 DM belegt werde.

„Es ist genau das falsche Signal, wenn der Täter sich sicher sein kann, dass selbst

**Justizminister Wagner:
Der Ladendiebstahl darf
nicht wie ein Parkverstoß
behandelt werden.**

dann, wenn er entdeckt wird, die Tat sich für ihn lohnt. Straftaten dürfen nicht kalkulierbar werden“, kritisierte Wagner das Vorhaben aus Bonn. Er betonte weiter, dass der Rechtsstaat sowohl bei kleinen Delikten als auch bei schweren Straftaten „unteilbar“ sei.

Startschuss für das elektronische Grundbuch in Frankfurt

In Hessen ist jetzt der Startschuss für die Einrichtung eines landesweiten elektronischen Grundbuchs gefallen.

Der hessische Justizminister Christean Wagner gab aus Anlass seines Besuchs beim Amtsgericht Frankfurt am Main mit einem „Mausklick“ die Mustereintragung für eine Grundschuld im Wege der elektronischen Speicherung frei und startete die konkreten Arbeiten am elektronischen Grundbuch in Hessen.

„Das elektronische Grundbuch in Hessen ist ein wichtiger Beitrag zur Modernisierung der Justiz, die ich in den kommenden vier Jahren deutlich vorantreiben werde“, erklärte Wagner. Durch das elektronische Grundbuch würden die Arbeitsabläufe erheblich vereinfacht und auch gerade die bei Investitionsentscheidungen wichtigen raschen Zugriffe auf die Grundbuchdaten durch Notare und Banken erheblich erleichtert und beschleunigt.

Die CSU-Landesgruppe feiert ihr 50jähriges Bestehen

Mit einem Festakt hat die CSU-Landesgruppe ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert und angesichts des Regierungs-Umzugs vor einer Neuausrichtung des politischen Koordinatensystems gewarnt.

Gemeinsamkeit mit der CDU bei gleichzeitiger Eigenständigkeit sei das Erfolgsgeheimnis der Unionsparteien, sagte Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Edmund Stoiber am 30. August in der neuen bayerischen Landesvertretung in Berlin. Eine «Berliner Republik» werde es mit der CSU nicht geben.

Stoiber wie auch der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble erinnerten an die Grundlagen, die 1949 zur Gründung der CSU-Landesgruppe geführt hatten. Die beiden Politiker unterstrichen gleichzeitig die Gemeinsamkeiten der Schwesterparteien. Ministerpräsident Stoiber machte vor dem Neubeginn in Berlin auf histori-

sche Weichenstellungen aufmerksam, an denen die CSU maßgeblich beteiligt gewesen sei. Dazu gehöre vor allem die Klage über den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der damaligen DDR vor dem Bundesverfassungsgericht 1973, mit der die deutsche Frage offen gehalten worden sei.

In seiner gleichermaßen ernsthaften wie humorvollen Festrede würdigte der frühere Bundespräsident Roman Herzog das Gegenüber-Strom-Schwimmen und die Selbständigkeit der Bayern, was sich auch in der Politik ausdrücke. Das sei mit Begriffen wie «konservativ» oder «progressiv» allein nicht zu fassen, sagte der in Bayern geborene Herzog. CSU-Landesgruppenchef und Fraktions-Vize Michael Glos meinte, die Fraktionsgemeinschaft zwischen den beiden christlichen Parteien hätten sich nicht nur für CSU und CDU ausgezahlt, sondern für ganz Deutschland.

50 Jahre Grundgesetz

so lautet der Titel eines Buches, mit dem Konrad Exner-Seemann an den 23. Mai 1949 erinnert, den Tag, an dem das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet wurde.

Mit der Erinnerung an diesen Tag verbindet der Autor den Wunsch, „dass in einer Zeit der Politik- und Wahlverdrossenheit das Grundgesetz weiterhin von der deutschen Bevölkerung anerkannt wird“. Das Buch informiert über das Grundge-

setz von 1949 und seine Änderungen, und es stellt Verbindungen zu den badischen Vorkämpfern einer demokratischen Verfassung her - zu Ludwig Marum, Josef Ziegelmeyer und Friedrich Weber.

Konrad Exner-Seemann: 50 Jahre Grundgesetz – Vorläufer des Grundgesetzes. Abgeordnete des badischen Landtages. 258 Seiten, fester Einband, zahlreiche Abbildungen. DM 36,—, ISBN 3-7650-8229-5.

Bestellschein

FÜR DIE MATERIALIEN ZUR CDU-RENTEN-AKTION

Bertelsmann-Distribution
Lager Schumacher
Frau Raabe
Westkirchener Str. 73

58320 Ennigerloh

Fax: 02524 / 911310

Absender/KV-Nr.:

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

Plz, Ort

Tel.Nr.

Versandanschrift (falls nicht identisch):

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße





Plz, Ort

Tel.Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Ja,

ich unterstütze die CDU-Rentenaktion und bestelle hiermit folgende
Materialien gegen Rechnung:

Bestell-Nr.:	Bestell-Menge	Artikel	Preis
2623		Garantiekarte: Versprochen-Gebrochen Decken Sie Schröders „Garantien“ auf Preis: 30,- DM je 500 Expl.	
2624		Faltblatt: Rentenpolitik ist Vertrauenssache Preis: 20,- DM je 100 Expl.	
7621		Aktionsplakat, Format DIN A1: Lügen haben kurze Beine Preis: 30,- DM je 50 Expl.	
7620		Aktionsplakat, Format DIN A0: Lügen haben kurze Beine Preis: 60,- DM je 50 Expl.	

Alle Preis zzgl. MwSt. und Versand

Datum, Unterschrift

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST A
ENTGELT BEZAHLT.

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

Rentenpolitik IST VERTRAUENSACHE

auch FÜR DIE RENTE GILT:
REFORMEN
MUSS MAN RICHTIG MACHEN

Aktionstips zur Rentenaktion



Die Frage der gesetzlichen Altersvorsorge betrifft alle Generationen. Insoweit sind Diskussionen über die Rentenpolitik immer generationenübergreifend zu führen.

Bestellung der Broschüre, solange der Vorrat reicht, unter der Tel.-Nr. 0228/544-477 in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

UiD

26/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.